

Wir befinden uns in einer Scheideweg-Situation: Es wächst die Gefahr, dass der Osten zum Verlierer auch der Energiewende wird, und die Gerechtigkeitsfrage ist sozusagen zu einer Voraussetzung für die Energiewende geworden, so lauteten zentrale Thesen auf der kürzlich in Erfurt stattgefundenen Tagung mit den LINKE-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi (Bundestag), Wulf Gallert (Sachsen-Anhalt), Willi van Ooyen (Hessen) und Bodo Ramelow (Thüringen).

Bei den Diskussionen unter der Überschrift „Energiewende und sozial-ökologischer Umbau – Einstiege in eine sozial gerechtere Gesellschaft“ wurde übrigens auch deutlich, dass „Thüringen als Vorreiter für ein linkes Projekt Energiewende“ wirkt, bei dem es darum geht, den Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamen und effizienten Umgang mit Energie weiter zu beschleunigen.

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn die soziale Frage als integraler Teil des ökologischen Umbaus der Energieversorgung begriffen wird.

#### Stromaufsicht, Abwrackprämie – Stromsperren beenden

Wer die Energiewende vorantreiben will, „muss sie sozial gestalten – oder wird an ihr scheitern“, betont die LINKE und hat ein sieben Punkte umfassendes Bundesprogramm „Wie die Energiewende sozial wird“ vorgelegt:

1. Stromaufsicht einführen: DIE LINKE fordert eine effektive, staatliche Aufsicht über das Endkundengeschäft. So soll verhindert werden, dass die Stromanbieter bei Verbraucherinnen und Verbrauchern Sonderprofite abkassieren. Dieser Aufsicht ist ein Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zur Seite zu stellen.

2. Industrie-Rabatte einschränken: DIE LINKE will auch die Industrie angemessen an den Kosten der Energiewende beteiligen. Dazu sollen un-

# Für eine soziale Energiewende

## Thüringen gilt bei der LINKEN als Vorreiter für das Projekt

berechtigte Privilegien der Industrie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bei der Ökosteuer, bei Netzentgelten und beim Emissionshandel gestrichen werden.

3. Stromsteuer senken: DIE LINKE plädiert dafür, die Stromsteuer für private Haushalte von gegenwärtig 2,05 Cent je Kilowattstunde (kWh)

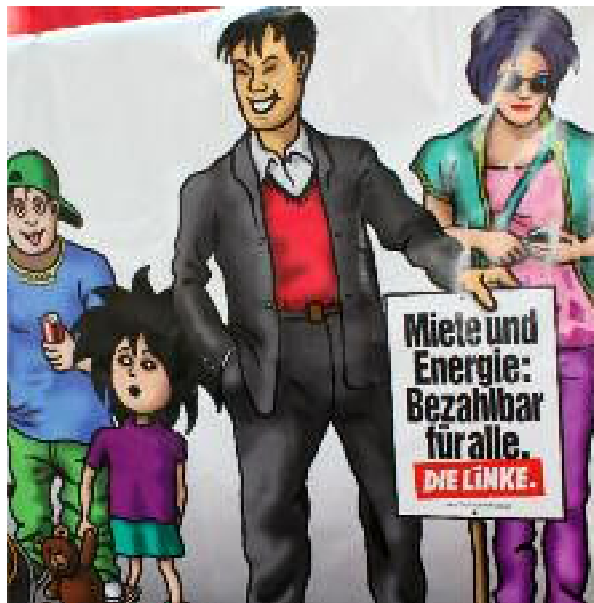
auf 0,5 Cent je kWh zu senken. So soll die Strompreiserhöhung, die sich aus dem Anstieg der EEG-Umlage ergibt, kompensiert werden.

4. Sockeltarif einführen: Jeder Haushalt erhält kostenlos ein Grundkontingent an Strom, das sich nach der Größe des Haushalts richtet. Der Stromverbrauch, der über diesen Sockelbetrag hinausgeht, wird teurer. So soll eine

Grundversorgung mit Strom sichergestellt und die Verschwendung von Energie eingedämmt werden.

5. Stromsperren beenden: Stromsperren für Privathaushalte wegen Zahlungsfähigkeit werden gesetzlich verboten. Mehr als 300.000 Abklemmungen pro Jahr in Deutschland sind ein Skandal. Die Versorgung mit Strom ist eine Voraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

6. Abwrackprämie einführen: Privathaushalte erhalten einen Zuschuss von 200 Euro für den Kauf eines Kühlschranks, einer Wasch- oder Spülmaschine mit der höchsten Energieeffizienzklasse. Alte Elektrogeräte erhöhen die Stromrechnung und belasten das Klima. Die Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte



darf nicht von der sozialen Lage abhängig sein.

7. Energetische Gebäudesanierung sozial gestalten.

Für die energetische Gebäudesanierung werden zusätzlich 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Mit diesem Geld sollen die ökologische Sanierung von Gebäuden unterstützt und Mieterinnen und Mieter vor steigenden Kosten bewahrt werden. Die zusätzliche Förderung muss die Mieterinnen und Mieter erreichen. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Konsequente Preise:

Als „konsequent“ bezeichnete MdL Sabine Berninger die diesjährige Preisverleihung für „Herausragendes Engagement“ sowie für „Die größtmögliche Gemeinschaft“ durch den Flüchtlingsrat Thüringen. „Mit der Gutscheintauchschinitiative Apolda werden Menschen geehrt, die sich der diskriminierenden Behandlung von Flüchtlingen im Landkreis Weimarer Land widersetzen und konkret zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen beitragen. Der Negativ-Preisträger, der Landrat des Kreises Weimarer Land, Münchberg, sollte den Preis und die Kritik an seiner Weigerung, endlich das diskriminierende Gutscheinsystem für Flüchtlinge abzuschaffen, zum Anlass nehmen, seine Entscheidung zu korrigieren und zu einer humanitäreren Aufnahme von Flüchtlingen beitragen.“

### Handfester Skandal:

Als „einen unglaublichen Vorgang“ hat es die LINKE bezeichnet, dass aufgrund gravierender Rechtsverstöße der Hauptserver im Bildungszentrum der Thüringer Polizei abgeschaltet wurde. Nachdem die Fraktion bereits im Juni die Überwachung von eMail-Postfächern innerhalb des Bildungszentrums kritisiert hatte, versicherte die Landesregierung, es finde keine Überwachung statt. Wenn nun aber festgestellt wird, dass ein Beamter Daten über Studenten und Mitarbeiter gesammelt hat und dies sogar möglicherweise im Auftrag eines Vorgesetzten erfolgte, ist das „ein handfester Skandal“.

[www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/](http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/) ■

## NACHRICHTEN

### Kaliabwässer

Bei der jüngsten Sitzung des Runden Tisches „Werraversalzung“ wurden Konzepte zur stofflichen Verwertung der Kaliabwässer vorgestellt. „Die zur Praxisüberführung notwendigen Untersuchungen sollten schnellstens in Auftrag gegeben werden. Dann ließe sich vielleicht schon in fünf Jahren eine Kaliproduktion ohne Einleitung und Versenkung erreichen“, so MdL Tilo Kummer. Damit kann verhindert werden, weiter Wertstoffe in die Werra zu entsorgen oder eine extrem teure Pipeline zu bauen, die über 1000 Jahre zu betreiben wäre. Der LINKE Abgeordnete wird das Thema im Umweltausschuss des Landtags behandeln, um Unterstützungsmöglichkeiten für notwendige Untersuchungen auszuloten und eine Positionierung der Landesregierung zur Finanzierung der Kalibergbau-Nachsorge zu fordern. ■



Großes Interesse an den vielfältigen Informations- und Mitmachangeboten der Linksfraction hatte es beim Bürgerfest im Landtag gegeben. Rund um die Thüringer Verfassung, deren 20jähriges gefeiert wurde, rankte das Politik- und Unterhaltungsprogramm, zu dem die LINKE rote Akzente setzte. ■

### Beförderungsstau

Die Beförderung von 229 Beamten und Beamten der Thüringer Polizei ist ein begrüßenswerter Schritt, der „aber nicht verdecken kann, was bei der Personalpolitik des Landes in den vergangenen Jahren schief gelaufen ist und nicht korrigiert wurde“, sagte die LINKE Abgeordnete Martina Renner.

„Wenn allein in der Thüringer Polizei mehr als 35 Prozent der Polizeibeamten des mittleren Dienstes sich seit mehr als zehn Jahren noch im Eingangsamt befinden, zeigt dies, dass die Beförderung keinesfalls eine Einmalveranstaltung bleiben kann, um den bestehenden Beförderungsstau aufzulösen. Noch immer fehlt eine Garantie einer jährlichen Beförderungquote von mindestens zehn Prozent, wie sie DIE LINKE im Landtag gefordert hatte“, so die bisherige innenpolitische Sprecherin. ■

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

In diesem Jahr tritt der Thüringer Landtag planmäßig noch drei Mal zu Plenarsitzungen zusammen: Vom 16. bis 18. Oktober, vom 20. bis 22. November und vom 18. bis 20. Dezember.

### Tagung zur Ernährungswirtschaft in Thüringen:

Zu einer Tagung zur Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft in Thüringen lädt die Landtagsfraktion der LINKEN für Samstag, den 2. November, 10 bis 16 Uhr, in die Stadwerke Erfurt, Raum B 01, Magdeburger Allee 34, ein.

Aktuelle Informationen am laufenden Band unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)